Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind.
Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Dollarkurs**
   - **Wirtschaft findet starken Euro nicht schlimm**
     Der starke Euro ist für die meisten Unternehmen einer Umfrage zufolge derzeit kein großes Konjunkturrisiko. Die Aufwertung der europäischen Gemeinschaftswährung zum Dollar macht nur 15 Prozent der Firmen Sorgen. Das geht aus einer Befragung von 2000 Unternehmen durch das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hervor.
     Quelle: Netzzeitung

     Anmerkung: *Am Tag der Einführung des Euro am 1. Januar 2002 musste ein Amerikaner, wenn er seine Dollars in Euro einwechselte, für einen Euro weniger als einen Dollar, nämlich nur 89 US-Cents bezahlen. Fünf Jahre später 1,50 Dollar. Dieser Kursverlust um mehr als 60 Prozent ist also für die exportabhängige deutsche Wirtschaft kein Konjunkturrisiko. Immerhin gehen 40 Prozent der Exporte außerhalb des Euro-Raumes. Aber auch wenn nicht in Dollar abgerechnet wird, so haben die anderen Währungen dramatisch an Wert verloren. All das beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht, aber an der Senkung der sog. Lohnnebenkosten um Bruchteile der Bruttolohnsumme hängt die Existenz des „Standortes Deutschland". Diese widersprüchliche Argumentation lassen wir uns Tag für Tag bieten.*

     Siehe auch:

   - **Wirtschaft trotz starkem Euro optimistisch**
     Der vom Münchener Ifo-Institut ermittelte Geschäftsklimaindex stieg von 103,9 Punkten im Vormonat auf 104,2 Punkte, wie das Forschungsinstitut am Dienstag mitteilte. Nach sechs Rückgängen in Folge ist der Konjunkturindikator damit erstmals wieder leicht gestiegen. Experten hatten demgegenüber angesichts des starken Euros und der hohen Energiepreise einen weiteren Rückgang erwartet.

"Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Konjunktur auf hohem Niveau nur allmählich abkühlt", sagte Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn.
Quelle: stern

Anmerkung eines Lesers:
Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland wird wahrscheinlich nicht nur von dem direkten Einfluss des Dollarkurses auf die Exporte berührt. Viel stärker dürfte sich auch der Dollar-Kurs auf die konjunkturelle Entwicklung in den übrigen Euro-Ländern auswirken.
Denn das deutsche Lohndumping der vergangenen Jahre hat fatale Folgen für die übrigen Mitglieder der Euro-Zone:

- *Der hohe deutsche Exportüberschuss ist eine der Ursachen für den fallenden US-Dollar. Denn die Handelsbilanz und in der Folge der Euro werden durch die deutschen Außenhandelsüberschüsse nach oben getrieben.*

- *Das deutsche Lohndumping führt zu einem Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit bei unseren Handelspartnern, da diese seit der Einführung des Euro nicht mehr gegenüber der DM abwerten können. Dieser doppelte Zangengriff auf die übrigen Länder der Euro-Zone wird wahrscheinlich über kurz oder lang auf Deutschland zurückstrahlen und die hiesige Konjunktur negativ belasten.*

Siehe jedoch:

- **Flassbeck: Konjunkturprognosen viel zu optimistisch**
  Angesichts des stetig sinkenden Dollarkurses hält Volkswirt Heiner Flassbeck für das kommende Jahr eine Rezession in Deutschland für möglich. Sollten die Exporte nächstes Jahr sogar sinken, drohe eine Rezession aufgrund des noch immer schwachen deutschen Binnenmarktes, sagte der Ökonom der UN-Handelsorganisation UNCTAD. Die Kursverluste des Dollars und die dadurch drohende Entwicklung seien allerdings eine normale Reaktion der Devisenmärkte.
  Quelle 1: Deutschlandradio Kultur (Text)
  Quelle 2: Deutschlandradio Kultur (Podcast)

- **Nochmals Flassbeck: Der Dollar fällt vor allem deshalb, weil Deutschland**

seinen Exportüberschuss massiv nach oben treibt
Dass der Dollar gegenüber dem Euro fällt, ist die einzig sinnvolle Antwort auf den Versuch Deutschlands, systematisch unter seinen Verhältnissen zu leben und anderen Ländern Marktanteile abzujagen. Folglich ist auch eine globale Lösung ganz einfach: Man kann nur auf faire Weise Handel miteinander treiben, wenn alle am Handel Beteiligten akzeptieren, dass sich Länder nicht niederkonkurrieren dürfen; tun sie es doch, ist früher oder später unweigerlich eine Abwertung der Währung des unterlegenen Landes fällig.
Quelle: FTD

- **BDI sieht erhöhte Unsicherheit für deutsche BIP-Prognose 2008**
  Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sieht vor allem mit Blick auf den starken Euro, aber auch wegen der noch nicht ausgestandenen Subprime-Krise und der anhaltend hohen Öl- und Rohstoffpreise die eigene Prognose des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für das kommende Jahr von etwa 2% mit erhöhter Unsicherheit behaftet. Derzeitiges Risiko Nummer eins sei die Euro-Dollar-Kursentwicklung, die es für Unternehmen zunehmend schwer mache, die auf Dollarmärkte und in die USA exportieren. Bei diesen Unternehmen gingen die Margen und Erträge zurück. “In manchen Branchen ist eigentlich nur noch mit einem kleinen Deckungsbeitrag zu liefern”, sagte BDI-Chef Thumann.
  Quelle: moneyspecial

2. **Dierk Hirschel: Die Agenda 2010 hat mit dem Aufschwung nichts zu tun**
   Wie wir es auch drehen und wenden, das vermeintliche Nürnberger Reformwunder entpuppt sich als das Produkt eines ganz normalen Investitionszyklus. Nach fünf mageren Jahren mussten die heimischen Betriebe ihre Maschinen und Gebäude modernisieren. Die Exportindustrie musste bei vollen Auftragsbüchern sogar erweitern. Die Politik hat daran nicht den geringsten Anteil. Von Reformdividende keine Spur. Folglich kann der wirkungslose Zaubertrank auch abgesetzt werden, ohne dass der ehemalige Patient wieder ans Krankenbett gefesselt wird.
   Quelle: Welt Online
3. **Auch Transnet will jetzt 20 Prozent mehr**
   Bahn verhandelt mit GBDA und Transnet, den Konkurrenzgewerkschaften der Lokführer, über neue Eingruppierungen
   Quelle: taz

   Anmerkung Orlando Pascheit: *Allmählich wird die Strategie von Mehdorn und Hansen deutlich. Zunächst wird der GDL ein inakzeptables Angebot gemacht und*

zwischenzeitlich wird zwischen der Bahn und Transnet über eine neue Lohnstruktur verhandelt. Wahrscheinlich zum Wochenende wird dann neues Eingruppierungssystem präsentiert, das sicherlich eine bessere Eingruppierung bei den Lokführern anpeilt. Pro Forma kündigte Hansen für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen Streiks an, obwohl das Ergebnis vermutlich schon im Kasten ist.
Das ist alles sehr durchsichtig, dennoch könnte es bei einer besseren tariflichen Eingruppierung der Lokführer für die GDL schwieriger werden, einen Streik für den eigenständigen Tarifvertrag zu kommunizieren.

4. **Der unsichtbare Streik der Verkäuferinnen**
   Der Arbeitskampf im Einzelhandel ist kaum wahrnehmbar – dabei geht es hier um drohende Gehaltskürzungen
   Quelle: TAZ

   Empfehlung AM: *Achten Sie bitte ein bisschen auf diesen Streik. Zeigen Sie den Betroffenen Ihre Solidarität. Und nebenbei: Von der Fähigkeit zum Generalstreik sind wir weit entfernt. Die Debatte darüber ist jedenfalls gespenstisch.*

5. **Neues aus dem Casino**
   - **KfW gerät in den Sog der IKB-Krise**
     Die Rettung der Industriebank IKB ist weitaus teurer als bisher angenommen. Der Großaktionär, die staatseigene Förderbank KfW, muss weitere 2,3 Mrd. Euro an Risiken zurückstellen und kommt damit langsam an die Grenzen ihrer eigenen Tragfähigkeit. KfW-Chefin Ingrid Matthäus-Maier informierte den Verwaltungsrat am Dienstag über die dramatisch gestiegenen Risiken aus der milliardenschweren Zweckgesellschaft Rhineland Funding, die die IKB aufgebaut hatte. Die IKB hatte sich am US-Markt für Hypothekenkredite verspekuliert. Damit wächst das gesamte Rettungspaket für die IKB von 3,5 Mrd. Euro auf 5,8 Mrd. Euro. Den größten Anteil daran trägt mit bisher 4,8 Mrd. Euro die KfW.
     Quelle: Handelsblatt

     Siehe dazu auch:

     NachDenkSeiten vom 2. August 2007:
     Nachtrag IKB : Die Honoratioren der Wirtschaft sitzen im Aufsichtsrat und Beraterkreis. Was haben sie da getan?

     NachDenkSeiten vom 13. August 2007:
     Gibt es ein öffentliches Interesse an der Bereitstellung eines internationalen

Casinos?

- **Dollarschwäche: Wider die Träumer**
  Der Niedergang der US-Wirtschaft und der Verfall des Dollar gehen ungebremst weiter. Nur einige Verantwortliche in Washington wollen das nicht glauben.
  Quelle: Handelsblatt

  Anmerkung: *Eine flott geschriebene „Räuberpistole" über die Finanzwelt, die allerdings auch zeigt, wie halbseiden die Akteure agieren, einschließlich des Autors, dem es wohl nur um einen reißerischen Artikel ging.*

6. **Verbraucherpreise November 2007: Voraussichtlich + 3,0% gegenüber November 2006**
   Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, wird sich der Verbraucherpreisindex in Deutschland im November 2007 – nach vorliegenden Ergebnissen aus sechs Bundesländern – gegenüber November 2006 voraussichtlich um 3,0% erhöhen (Oktober 2007: + 2,4%). Dies ist die höchste Teuerungsrate seit Februar 1994 (ebenfalls + 3,0%).
   Die hohe Jahresteuerungsrate wird deutlich von den gestiegenen Preisen für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke sowie für Mineralölerzeugnisse beeinflusst. Für Heizöl lagen die Preise zwischen 10,4% und 12,6% über dem Vormonat beziehungsweise zwischen 21,5% und 25,9% über dem Vorjahresmonat.
   Quelle: Statistisches Bundesamt

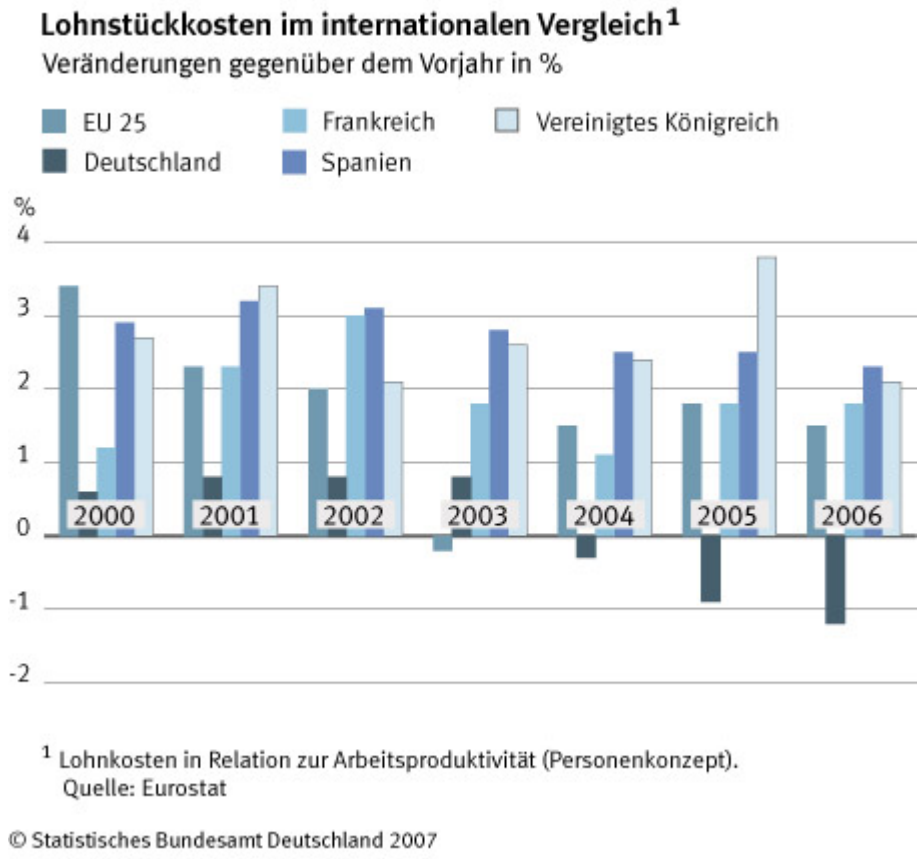
   Anmerkung: *Diese Preissteigerungsrate wird für die EZB wieder einmal Anlass für höhere Zinsen sein. Dabei sind die Preissteigerungen weder durch eine vermehrte Nachfrage geschweige denn durch höhere Löhne ausgelöst.*

7. **Institut der deutschen Wirtschaft (IW): Lohnstückkosten – Weiter auf hohem Niveau**
   Die Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre sowie die dank der arbeitsmarktpolitischen Reformen zuletzt gesunkenen Sozialbeiträge haben die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbessert. Die Lohnstückkosten haben sich seit dem Jahr 2000 in
   Deutschland jahresdurchschnittlich um 1,3 Prozent verringert, während sie in den anderen Industrieländern etwa konstant blieben.
   Nach wie vor sind die Industrieprodukte der ausländischen Konkurrenz je

Wertschöpfungseinheit im Schnitt um 13 Prozent weniger mit Arbeitskosten belastet als deutsche Erzeugnisse.
Quelle: IW Presseportal

Anmerkung: *Dass das IW oft seine eigene arbeitgebernahe Statistik hat, zeigt sich wieder einmal, wenn man diese Daten mit denen des Statistischen Bundesamtes vergleicht.*

Siehe die Grafik:



Quelle: Statistisches Bundesamt

8. **Jedes zehnte Kind vernachlässigt?**
   Schätzungsweise fünf bis zehn Prozent der Kinder in Deutschland sind nach einer Studie des Bundestages von Vernachlässigung betroffen. Der Wissenschaftliche Dienst des Parlaments bezog sich auf Informationen des Deutschen Jugendinstituts und des

Kinderschutzbundes. In anderen westlichen Industrienationen sei die Lage tendenziell ähnlich. Kindesvernachlässigung stelle die „mit Abstand häufigste Gefährdungsform der im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe bekannt werdenden Fälle von Kindeswohlgefährdung“ dar – auch wenn sexueller, körperlicher oder seelischer Missbrauch oft mehr Schlagzeilen machen. Ein Kind gilt als vernachlässigt, wenn es zum Beispiel chronisch unterernährt ist, unzulänglich bekleidet oder Krankheiten unbehandelt bleiben.
Quelle: Tagesspiegel

9. **Personalabbau ohne Ende**
Beamtenbund-Chef Heesen kritisiert fortgesetzte Arbeitsplatzvernichtung im öffentlichen Dienst.
»Wir haben in Deutschland in weiten Bereichen des öffentlichen Dienstes die Schwelle hin zur Funktionsunfähigkeit bereits überschritten«, sagte Heesen, der zuvor mit 65,1 Prozent als dbb-Chef bestätigt worden war. Und er nannte Fakten: Seit 1990 sei die Zahl der öffentlich Bediensteten, ohne Bahn und Post, von 5,3 Millionen auf 3,8 Millionen zurückgegangen. Damit leiste sich Deutschland einen deutlich kleineren Staatssektor als andere Länder. Während hierzulande lediglich 11,9 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst arbeiteten, seien es in Belgien und Großbritannien 22,1, in Frankreich 24,5 und in Schweden und Norwegen gar 33,4 bzw. 33,9 Prozent.
Quelle: junge Welt
10. **Mit den Schulden haushalten**
Die Schufa hat den Schuldenkompass 2007 veröffentlicht. Immer noch geben viele Deutsche mehr Geld aus, als sie eigentlich haben. 2,9 Millionen Haushalte in Deutschland – das sind 7,3 Prozent – gelten inzwischen als überschuldet. In diesen Haushalten können die Menschen ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen, selbst wenn sie die Lebenshaltungskosten bis auf das Niveau der Sozialhilfe senken.
Überdurchschnittlich von einer Überschuldung bedroht sind alleinerziehende Personen, Singlehaushalte und Haushalte der unteren Einkommensgruppen. Häufigste Ursachen sind Ereignisse, die bei der Aufnahme von Krediten noch nicht absehbar waren, wie zum Beispiel der Verlust des Arbeitsplatzes, eine Scheidung, Krankheiten oder Todesfälle. Außerdem ist nach Beobachtung der Schufa eine schlechte Allgemeinbildung im Hinblick auf finanzielle Angelegenheiten häufig Auslöser einer Überschuldung.
Quelle 1: Tagesspiegel
Quelle 2: schufa
11. **Oswald Metzger geht nicht in sich, er geht**

Der Grünen-Finanzpolitiker Oswald Metzger macht seine Drohung wahr und tritt aus seiner Partei aus. Der baden-württembergische Landtagsabgeordnete erklärte in Stuttgart vor seiner Fraktion, er werde die Partei verlassen. Er werde die Mehrheitsverhältnisse im Stuttgarter Landtag nicht verändern, sondern sein Mandat binnen eines halben Jahres zurückgeben. Während dieses Zeitraums werde er als fraktionsloser Abgeordneter im Landtag bleiben.
Quelle: FR

Anmerkung: *Das ist aber ein Verlust für den „Konventkreis" des Konvent für Deutschland, für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), deren „Botschafter" er ist, für die Bertelsmann Stiftung, deren „Politikberater" er ist, und für das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung", deren „Distinguished Fellow" er ist. Für sie alle ist Metzger nun nicht mehr als Grüner Kronzeuge nutzbar. Der Austritt wird ihn viel Publicity und Geld kosten, denn wen sollten seine neoliberalen Ergüsse jetzt noch interessieren.*

12. **Bilanz zum Jahr der Geisteswissenschaften**
Der Freiburger Historiker Ulrich Herbert und ehemalige Leiter der Arbeitsgruppe des deutschen Wissenschaftsrates zur Zukunft der Geisteswissenschaften lobte die Präsenz ihrer Leistungen in der Öffentlichkeit wie in kaum einem anderen Land. Er verwies allerdings auf die Verschlechterung der Lehre in den letzten 15 Jahren. Wir haben zwischen 1995 und 2004 knapp 50 Prozent mehr Studierende in den geisteswissenschaftlichen Fächern bei gleichbleibender Zahl der Professoren. Das heißt, die Betreuungsrelation hat sich in diesen doch sehr wenigen Jahren wirklich dramatisch verschlechtert.
Quelle: DLF
13. **Was ist eigentlich ... das Hochschulrahmengesetz?**
Alle sagen, die Bundesministerin für Bildung und Forschung habe nichts zu tun. Das stimmt aber nicht. Gerade jetzt ist Annette Schavan schwer beschäftigt. Sie ist dabei, ein Gesetz abzuschaffen: das Hochschulrahmengesetz (HRG).
"Die Universitäten wissen selbst am besten, was für sie gut ist." So reden Eltern, die ihre Kinder nachts im Wald aussetzen. Nun sind die Studenten wieder da, wo die Opas von der Apo schon waren: allein im Wald mit der KMK. Die Kultusminister der Länder hätten, wenn man sie gelassen hätte, die Universitäten schon 1968 zugrunde gerichtet. Jetzt sind sie wieder dabei. Brauchen wir ein Hochschulrahmengesetz? Spätestens nach der nächsten Studentenrevolte.
Quelle: Spiegel Online

Anmerkung: *Der Beitrag strotzt zwar von Ungenauigkeiten und überzogener Polemik*

gegen die Hochschulreformen der 60er und 70er Jahre. In der Tendenz hat der Autor allerdings völlig Recht. Wir haben jetzt schon ein Chaos bei den Studienabschlüssen, bei der Verteilung der Studienplätze etc..

14. **Interessante Beiträge zur Bildungsdebatte im „Freitag“:**
    - Vom Menschenrecht zur Markenware
    - Jede Schule ein kleines Unternehmen
    - Die Vertiefung der Unterschiede
    - Zukunft Alma Mater GmbH
    - There is no business like school-business

15. **ZDF-WISO: Altersvorsorge mit Geld vom Staat / Mit der Riester-Rente privat vorsorgen**
    Die Riester-Rente ist eine der Möglichkeiten, privat fürs Alter vorzusorgen – mit staatlicher Förderung. Besonders für Familien mit Kindern lohnt sich “Riestern”, denn es gibt Zulagen für jedes Kind. In vielen Fällen bringt eine Riester-Rente außerdem noch Steuererleichterungen.
    Anrecht auf staatliche Förderung im Rahmen eines Riester-Vertrages haben in einer Rentenversicherung Pflichtversicherte wie Arbeitnehmer, Beamte, Wehr- und Zivildienstleistende und Empfänger von ALG I oder II.
    Quelle 1: ZDF-WISO (Text)
    Quelle 2: ZDF-Mediathek (Video)

    Anmerkung: *Eine der ständig wiederholten Dauerwerbesendungen, auch im öffentlichen Rundfunk. Von wegen auf dem Zweiten sieht man besser.*